

**Dr. Inge Plettenberg + Tilsiter Straße 70 + D-66121 Saarbrücken + Fon 0049 681
8318464 + Mobil 0040 176 21559139 + Mail inge.plettenberg@t-online.de**

Vorbemerkung: Dies ist die Version des Vortrages, die ich ohne Zeitbegrenzung gehalten hätte. Einige Passagen habe ich nach Fragen aus dem Kreis der Zuschauer und Zuschauerinnen ergänzt.

DER „HITLER-STALIN-PAKT“ : LEGENDEN – FAKTEN – FOLGEN

Am 22. Juni 2026 liegt der Angriff des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion 85 Jahre zurück. Der Krieg begann mit einem Überfall unter Bruch der Verträge, über die wir heute sprechen: des „Hitler-Stalin-Pakts“ vom 23. August 1939 und des Deutsch-Sowjetischen Grenz-und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939.

Die Europäische Union hat den 22. Juni aus dem historischen Gedächtnis entsorgt und 2008 den 23. August zum „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“ ausgerufen. Am 19. September 2019 verordnete das EU-Parlament in einer Resolution mit dem Titel „Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“¹ als verbindliches Geschichtsnarrativ, zwei „totalitäre“ Mächte, „Hitlers“ Deutschland und „Stalins“ Sowjetunion, hätten gemeinsam den Zweiten Weltkrieg verursacht. Die Initiative zur Resolution kam aus den baltischen Staaten und aus Polen – Staaten, deren Haltung in der internationalen Krise im Sommer 1939 eine wichtige Rolle spielte.

Die Gesellschaft des heutigen Russland wird von der EU-Resolution aufgerufen, endlich ihre „verbrecherische“ Geschichte aufzuarbeiten. Damit wird das Erinnern an erlittenes Leid und Unrecht zur Waffe in einem Informationskrieg, der die Menschen in der Europäischen Union auf einen neuen Ost-Feldzug einstimmen soll. Wer hat schon die Zeit und die Mittel, um all die Behauptungen, die die Resolution in epischer Breite aufstellt, im Detail nachzuprüfen. Die Menschen, die glauben das.²

In der Forschung wird die Absicht laut, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben als „neue Verflechtungsgeschichte (...), die den Terror, die Kriegsverbrechen und die Gräuelpopaganda von Nationalsozialismus und Stalinismus in ihren situativen Dynamiken zusammendenkt.“³ Das Schicksal der Sowjetunion mit ihren 27 Millionen

¹ (Amtsblatt der Europäischen Union, 06.05.2021, 2021/C 171/06, in: eur-lex.europa.eu/legal-content/DE).

² Eine Gegendarstellung, die im Detail auf alle Aspekte des komplexen Themas eingeht, ist: Rainer Roth, „Sowjetunion – Schuld am Weltkrieg?“ – www.klartext-info.de. Der Hinweis auf die Arbeit kam aus dem Kreis der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Dank dafür!

³ So der Klappentext bei Claudia Weber, „Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyn“. Hamburg 2015.

Kriegsopfern, die Hälfte von ihnen Zivilpersonen, erscheint danach als selbstverschuldetes Los eines Schurkenstaates.

Was war der „Hitler-Stalin-Pakt“?

Die Bezeichnung „Hitler-Stalin-Pakt“ ist irreführend. Hitler und Stalin sind sich nie begegnet. Der Vertrag wurde zwischen den Regierungen Deutschlands und der Sowjetunion geschlossen, vertreten durch die beiden Außenminister Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw Molotow. Ihre Unterschriften stehen unter dem Vertrag. Josif Stalin, damals Partei- und Regierungschef der UdSSR, war bei der Unterzeichnung anwesend, Hitler nicht. Nur zum Vergleich: Zur Viermächtekonferenz von München, die 1938 - fast genau ein Jahr zuvor - die Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik (CSR) eingeleitet hatte, waren die Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens erschienen: Hitler, Chamberlain, Daladier und Mussolini.

Am 23. August 1939 verpflichteten sich Deutschland und die Sowjetunion, *„sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten“*, zu enthalten; kriegerische Handlungen von Seiten Dritter gegen einen der Vertragspartner in keiner Form zu unterstützen, und an keiner Mächtegruppierung teilzunehmen, *„die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.“*⁴ Zu Fragen gemeinsamer Interessen wurden gegenseitige Konsultationen vereinbart. Der Vertrag wurde über fünf Jahre geschlossen.

Integraler Bestandteil des Vertrages war ein „streng geheimes“ Zusatzprotokoll, das territoriale Fragen *„für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“* regelte. Es grenzte in diesem Fall Interessensphären östlich Deutschlands und westlich der Sowjetunion voneinander ab. Die Staaten an der Nordwest-, West und Südwestgrenze der UdSSR – Finnland, Estland, Lettland, Litauen, die östliche Hälfte Polens - das sog. „Ostpolen – und ein Teil Rumäniens - Bessarabien, (das spätere Moldawien) - sollten in die „Interessensphäre“ der UdSSR fallen. Zur deutschen „Interessensphäre“ sollte die Westhälfte Polens gehören. Das „Wilnaer Gebiet“ (Vilnius) sollte von Polen an Litauen zurückfallen. Die Grenze zwischen den beiden „Interessensphären“ sollten die Flüsse Pissa, Weichsel, Narew und San bilden. Diese Linie verlief mitten durch Polen.

*„Ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre“, sollte laut Zusatzprotokoll „endgültig erst im Falle einer weiteren politischen Entwicklung geklärt werden“, und zwar „im Wege einer freundschaftlichen Verständigung“.*⁵

⁴ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) 1918 – 1945. Serie D 1937 – 1945. Bd. I – VII. Baden-Baden 1950 – 1956. Bd. VII, No 228, S. 205 f.; s. auch Kurt Pätzold/Günter Rosenfeld (Hrsg.). Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Berlin 1990, S. 231 f.

⁵ ADAP, Bd. VII, No 228, S. 205 f.;

Deutschland gestand der UdSSR eine wesentlich größere „Interessensphäre“ zu. Es zeigte sich großzügig, ausgerechnet der Sowjetunion gegenüber. Wie das? Was hatte die UdSSR zu bieten? Ganz einfach: Neutralität. Denn die Sowjetunion wollte keinen Krieg. Jedenfalls nicht für sich selbst.

Der „*Fall einer territorial-politischen Umgestaltung*“: Eine ominöse Formulierung. In der internationalen Situation Ende August 1939 war die Diplomatensprache in einen „Klartext“ zu übersetzen.

Etwa so: 1. Deutschland und die UdSSR werden nicht Krieg gegeneinander führen; weder allein noch in einer Koalition gleich welcher Art . 2. Die Sowjetunion wird Großbritannien, Frankreich und den USA keinen Beistand leisten, wenn Hitlerdeutschland gegen diese Mächte einen Krieg beginnt, oder diese Mächte in einen Krieg gegen Deutschland eintreten. 3. Deutschland wird Großbritannien, Frankreich, den USA und Japan keinen Beistand leisten, wenn diese gegen die Sowjetunion Krieg führen. 4. Im Baltikum wird sich Deutschland nur bis zur Nordgrenze Litauens ausdehnen. Sollten Estland, Lettland, Litauen und Finnland Krieg gegen die Sowjetunion führen, wird Deutschland ihnen keinen Beistand leisten. 5. Sollte Deutschland Polen angreifen, wird die Sowjetunion diesem keinen Beistand leisten; die deutschen Streitkräfte werden jedoch nicht weiter nach Osten, als bis zur Linie der Flüsse Pissa, Weichsel, Narew und San, vorrücken. 6. Das Wilnaer Gebiet - wird im gegebenen Fall von Polen an Litauen und Bessarabien an die Sowjetunion zurückfallen.

Der Pakt und sein Zusatzprotokoll enthielten keine Verabredung zu gemeinsamem Losschlagen oder zu gemeinsamen Kampfhandlungen. Die Absprache über das weitere Schicksal Polens, das bei Vertragsschluss noch ein intakter, souveräner Staat war, das muss man der Sowjetführung anlasten, verstieß gegen Völkerrecht.

Hat die Sowjetunion, indem sie sich auf einen „Interessenausgleich“ einließ, den Zweiten Weltkrieg verursacht, mitverursacht, ausgelöst oder mit ausgelöst?

Ich will versuchen, die damaligen Entscheidungen zu verstehen. Zuvor ist eine grundsätzliche Frage zu beantworten: Durfte ein Staat wie die Sowjetunion überhaupt eigene Interessen, besonders Sicherheitsinteressen, verfolgen? Oder lässt man als einzige legitime Handlung eines solchen Staates nur seine unverzügliche Selbstaflösung mit anschließendem Verschwinden von der politischen Landkarte gelten?

Der Weg in den Krieg

Die Ursachen für den Zweiten Weltkrieg wurden nicht am 23. August 1939 geschaffen. Der Erste Weltkrieg entstand aus dem Kampf von Großmächten um die Neuverteilung von Territorien, Rohstoffgebieten, Absatzmärkten und Kapitalanlagesphären. Dieser Kampf war

mit dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht beendet. Es wurden nur die Karten neu gemischt. Mit der europäischen Nachkriegsordnung, die die Siegermächte – Großbritannien, Frankreich und die USA – 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz aushandelten, legten sie die Grundlage für alle internationalen europäischen Konflikte der „Zwischenkriegszeit“ und schließlich für den Zweiten Weltkrieg. Sie zerschlugen die Vielvölkerstaaten – Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich; beim Russischen Reich gelang es nur teilweise).

Deutschland und Sowjetrusland, zwei Staaten, die durch eine Revolution zur Republik geworden waren, wurden von der Gestaltung dieser Nachkriegsordnung ausgeschlossen

Sowjetrusland musste sich nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 behaupten im Bürgerkrieg, gegen weißgardistische Armeen, gegen deutsche Besatzer und gegen ausländische Interventen, Streitkräfte Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Polens, Finnlands und Japans. Eben noch Kriegsgegner, jetzt de facto Verbündete. Finnland und das Baltikum waren dabei sowohl für die kaiserlichen deutschen Armeen als auch für die ausländischen Interventen Einfallstore gegen Sowjetrusland (die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik. Der „Regime Change“ gelang nicht. Aber der Sowjetstaat als „belagerte Festung“ in feindlicher Umgebung und ständig gefährdet durch eine „imperialistische Einheitsfront“, wurde eine Grundannahme, die die Außenpolitik dieses Staates in den folgenden Jahrzehnten prägte.

Der Separatfrieden von Brest-Litowsk mit Deutschland im März 1918⁶ ermöglichte es Sowjetrusland – der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik - einseitig aus dem Ersten Weltkrieg auszusteigen. Der „Entente“ Großbritannien – Frankreich – USA kam das nicht entgegen; sie wollen den Krieg bis zum Sieg über Deutschland und seine Verbündeten weiterführen und brauchten dazu eine intakte „Ostfront“. Die legte Sowjetrusland nun still. Der „Frieden für Sowjetrusland allein“ hatte seinen Preis; es verlor von der Ostsee bis zum schwarzen Meer erhebliche Teile seines europäischen Territoriums, seines anbaufähigen Landes und seiner industriellen Ressourcen. Bedingungen, die „für Russland weitaus härter“ waren „als die des späteren Versailler Vertrages für Deutschland.“⁷ Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer entstand an den Westgrenzen Sowjetruslands – ab 1923: der UdSSR – ein von der Entente protegierter „Cordon Sanitaire“ unabhängiger Staaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen. Rumänien war schon vor dem Ersten Weltkrieg unabhängig.

Als Ostgrenze Polens hatten die Siegermächte 1919 die nach dem britischen Außenminister Curzon benannte Demarkationslinie („Curzon-Linie“) vorgesehen. Der Oberkommandierende des unabhängigen Polen, Marschall Pilsudski, sah sich jedoch als Erbe des polnisch-litauischen Reiches der Jagiellonen, das sich bis nach Russland hinein erstreckte. Fürs erste

⁶ 3. März 1918. Handbuch der Verträge, S. 171 - 175

⁷ www.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag_von_Brest-Litowsk.

eroberte er das Wilnaer Gebiet (Stadt und Gebiet Vilnius) in Litauen, die westlichen Teile Belorusslands mit Brest, und die westlichen Teile der Ukraine mit Galizien und Wolhynien. Die dadurch entstandene neue Ostgrenze mussten Sowjetrußland und die Sowjetukraine 1921 im Friedensvertrag von Riga anerkennen. Die neue Republik Polen wurde durch erzwungene Gebietsabtretungen von Seiten Deutschlands und Sowjetrußlands geschaffen. Als Wiedergutmachung für die sog. drei „polnischen Teilungen“ 1772 bis 1795.

Dem geschlagenen Deutschland zwangen die Siegermächte mit dem Versailler Vertrag die Alleinschuld am Kriege (Art. 231) auf, die Abtretung von etwa 13 Prozent seines Staatsgebietes, und ungeheure Reparationen, die die junge deutsche Republik mit Hilfe US-amerikanischer Banken und Kredite abbezahlte.⁸ Die letzte Rate tilgte eine andere deutsche Republik erst im Jahre 2010. Für den französischen Marschall Foch war Versailles „kein Frieden, sondern ein Waffenstillstand für zwanzig Jahre“⁹

Zwanzig Jahre nach 1919 war 1939

Die USA hatten die Pariser Friedensverträge nicht ratifiziert und waren auch dem auf ihre Initiative gegründeten Völkerbund nicht beigetreten. Aber US-Kapital wirkte in Europa, in Deutschland zunehmend zu Gunsten Hitlers.¹⁰

Die beiden „Ausgestoßenen“, Deutschland und Sowjetrußland, schlossen 1922 - sehr zum Verdruss der Westmächte - , den Vertrag von Rapallo. Aus Sicht der Sowjetführung ihr erster Schritt zur internationalen Anerkennung, ihr erster Vertrag mit einer ausländischen Macht auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. Die beiden Staaten verzichteten gegenseitig auf den Ersatz von Kriegsschäden, auf Annexionen und

⁸ S. dazu „Wie die USA Deutschland eroberten“, www.multipolar-magazin.de; Werner Rügemer, Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Deutschland eroberten. Erste Stufe: Vom 1. Zum 2. Weltkrieg. Köln 2023

⁹ „Ce n'est pas la paix, c'est un armistice de vingt ans“. - Nach Die ZEIT, 18. Januar 2019

¹⁰ S. dazu „Wie die USA Deutschland eroberten“, www.multipolar-magazin.de, und Werner Rügemer, Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Europa eroberten. Erste Stufe: Vom 1. zum 2. Weltkrieg. Köln 2023

Reparationen.¹¹ Die anschließende deutsch-sowjetische Kooperation schloss nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische Zusammenarbeit ein.¹²

20 Jahre nach Halford Mackinders Theorie vom „Herzland“ , dem eurasischen Riesenreich Russland, dessen Ausschaltung als Machtfaktor für den Bestand des British Empire als notwendig erachtet wurde¹³ , und ein Jahr nach „Rapallo“, arbeitete in Deutschland ein gewisser Adolf Hitler im Gefängnis ein ein Konzept „nationalsozialistischer“ Außenpolitik aus. Er formulierte es in seinem 1925 erschienenen Buch „Mein Kampf“ ¹⁴ und 1928 in einem zweiten Buch, das erst 1961 veröffentlicht wurde. ¹⁵ *„Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein“* ¹⁶, hieß es da. Das deutsche Bürgertum, schrieb Hitler, habe es bestenfalls zu *„stümperhaftem Grenzregulieren“* gebracht. Die „nationalsozialistische“ Außenpolitik aber verfolge eine ständige Anpassung des Raumes an die Volkszahl (der Deutschen!). Sie gehe über zur „Raumpolitik“, und die sei nur im Osten, gegen „Russland“ möglich. Der „jüdische Bolschewismus“ müsse vernichtet werden. Und die anderen slawischen Völker, Polen und Tschechen, die auf dem deutschen Weg nach Osten siedelten, könne man *„überhaupt kurzerhand entfernen.“*¹⁷ Als „politisches Testament der Deutschen“ verkündete Hitler 1925: *„Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa! Seht in jedem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren, und sei es auch nur in Form eines zur Militärmacht fähigen Staates, einen Angriff gegen Deutschland, und erblickt darin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit allen Mitteln, bis*

¹¹ Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), geschlossen von den Vertretern beider Mächte auf der Konferenz von Genua, 16. April 1922. Deutschland vereinbarte den Rapallo-Vertrag zusätzlich mit den Sowjetrepubliken der Ukraine, Bjeloruslands, Georgiens, Aserbaidschans, Armeniens und des Fernen Ostens als Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen. – Text Handbuch der Verträge, Berlin 1968, S. 227 - 229

¹² Einzelheiten in einem Bericht des sowjetischen Geheimdienstlers Jan Bersin an Volkskommissar Woroschilow, 24. Dezember 1928; ferner Bericht des Chefs Nachrichtenwesen der Roten Armee (RKKA) an den Stellvertretenden Volkskommissar Marschall Tuchatschewskij. 9. Dezember 1934. - Besymenski, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren. Deutsch Berlin, 2. Aufl 2003, S.51 – 61 – Der Originaltitel des 2000 in Moskau erschienenen Werkes lautet: „Gitler i Stalin pered schvatkoj“ – „Hitler und Stalin vor dem Gefecht“. Die Diktatoren sind von den Herausgebern gewählt worden.

¹³ Halford John Mackinder, The Geographical Pivot of History. (Der geografische Dreh-und Angelpunkt der Geschichte). Vortrag vor der Royal Geographic Society, 1904. Wortlaut deutsch bei Wolfgang Effenberger, Mit der Geopolitik zur Weltherrschaft, Rottenburg 2025, S. 43 – 75.

¹⁴ Adolf Hitler, Mein Kampf, Zwei Bände in einem Band, ungekürzte Ausgabe, 1935; Bd. 2, S. 742.

¹⁵ Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961, S. 78 f.

¹⁶ Hitler, ebd., Bd. 2, S. 742.

¹⁷ Weinberg, ebd., S. 81

zur Anwendung von Waffengewalt, die Entstehung eines solchen Staates zu verhindern, beziehungsweise einen solchen, wenn er schon entstanden, wieder zu zerschlagen.“¹⁸

Der Mann, der dieses außenpolitische Konzept zu Papier gebracht hatte, wurde am 30. Januar 1933 in Deutschland Reichskanzler. Seine Weltherrschaftspläne bedrohten die Westmächte, aber auch praktisch alle Nachbarstaaten Deutschlands. Die politische Geographie hatte sich seit dem Ersten Weltkrieg nicht verändert. Deutschland lag in der Mitte Europas, mit den USA jenseits des Atlantik, Großbritannien auf zwei Inseln hinter dem Ärmelkanal, mit Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg in unmittelbarer Nachbarschaft im Westen und „Russland“ im Osten. Dort trennte Deutschland und die Sowjetunion von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer der „Cordon Sanitaire“ neuer unabhängiger Staaten. Dieser konnte eine Schutzzone zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland sein, aber ein Aufmarschgebiet der deutschen Armeen beim Feldzug nach Osten.

Zunächst aber begann der Zweite Weltkrieg 1931 im Fernen Osten. Dort eroberte Japan die Mandschurei und errichtete den Marionettenstaat Mandschukuo mit dem letzten Kaiser von China Puyi als Regenten. Ab 1937 führte es Krieg gegen China. 1938 am Chassan-See in der sowjetischen Fernost-Provinz bei Wladiwostok und 1939 am Grenzfluss Chalchon-Gol zwischen Mandschukuo und UdSSR unternahm Japan bewaffnete Angriffe, die die Sowjetarmee zurückschlug. An den Grenzen der UdSSR in Ostasien entstand ein Kriegsherd, dem die Sowjetunion bei ihrer Politik in Europa Rechnung tragen musste.

Als erste europäische Macht begann das faschistische Italien mit kriegerischen Eroberungen. Es griff 1935 Äthiopien an und eroberte das nordostafrikanische Land innerhalb weniger Wochen.

Aber die treibende Kraft hin zum neuen Weltkrieg war Deutschland. Es demonstrierte ab 1935 Schritt für Schritt die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die eine Durchsetzung der deutschen „Raumpolitik“ im Osten behinderten. Großbritannien und Frankreich, die Hauptmächte der Versailler Nachkriegsordnung, hielten still.

Ab Juli 1936 leisteten Deutschland und Italien General Franco Beistand bei seinem faschistischen Putsch zur Zerschlagung der Spanischen Republik. Großbritannien, das von einer Volksfront regierte Frankreich und der Völkerbund, praktizierten „Nichteinmischung“. Im November 1936 schlossen Deutschland und Japan den „Antikominternpakt“. Vordergründig richtete er sich gegen die Kommunistische Internationale, die ihren Sitz in Moskau hatte. Gleichzeitig war der Pakt ein Militärbündnis gegen die Sowjetunion, die er an zwei Fronten bedrohte. Hitlers Beauftragter für den Vierjahresplan, Hermann Göring, verkündete ebenfalls

¹⁸ Adolf Hitler, Mein Kampf, 1935, S. 754ur

1936 in einer Denkschrift: In vier Jahren muss das Deutsche Reich kriegsfähig sein. (Er sagte nicht: „kriegstüchtig“).

Vier Jahre nach 1936 war 1940.

Im März 1938 besetzte Hitlerdeutschland die Republik Österreich, machte sie zur „Ostmark“ und schuf das „Großdeutsche Reich“. Auch die weiteren „territorial-politischen Veränderungen“ in Europa wurden von Deutschland geplant und vorbereitet: Ab April 1938 die Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik („Fall Grün“) und ein Jahr später die Eroberung Polens („Fall Weiß“).

Bündnisversuche der UdSSR

Die sowjetische Führung war grundsätzlich bereit, auch mit einem von Hitler regierten Deutschland friedliche und gegenseitig vorteilhafte Beziehungen zu unterhalten. Die seit Rapallo praktizierte wirtschaftliche und militärische deutsch-sowjetische Zusammenarbeit beendete nicht die UdSSR, sondern Hitlerdeutschland.

In Moskau erkannte man aber auch die von Hitlerdeutschland ausgehende Gefahr für die UdSSR selbst und praktisch alle Nachbarstaaten Deutschlands im Osten und Westen. Vor 1933 hatte die Sowjetführung den Völkerbund, dessen Satzung Teil I (Artikel 1 bis 26) des Versailler Vertrages bildete, als ein Instrument der Entente zur Durchsetzung des Versailler Systems betrachtet. Im September 1934 trat sie in den Völkerbund ein und übernahm einen Ständigen Sitz im Völkerbundrat. Damit ließ sich Moskau auf ein defensives Bündnis mit als „nicht aggressiv“ definierten imperialistischen Mächten ein und übernahm Beistandsverpflichtungen nach Artikel 10, 15 und 16 der Satzung. 1935 schloss die UdSSR Beistandspakte mit Frankreich und der Tschechoslowakischen Republik.

Im Völkerbund setzte sich die Sowjetregierung für die Schaffung einer breiten Abwehrfront aller potenziell betroffenen Staaten gegen Aggressionen ein. Für diese Bündnispolitik stand vor allem Maxim Litwinow, der Volkskommissar der UdSSR für Auswärtige Angelegenheiten. Seine Orientierung auf „kollektive Sicherheit“ und die „Unteilbarkeit des Friedens“ hatte die ausdrückliche Zustimmung Stalins – so lange er überzeugt sein konnte, dass sie erfolgreich war. Im Januar 1934 erklärte er auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(b) *„(...) Wir hatten keine Orientierung auf Deutschland, ebenso wenig wie wir eine Orientierung auf Polen und Frankreich haben. Wir orientierten uns in der Vergangenheit und orientieren uns in der Gegenwart auf die Sowjetunion und nur auf die Sowjetunion.(...) Und wenn die Interessen der Sowjetunion eine Annäherung an diese oder jene Länder erfordern, die nicht an der Störung des Friedens interessiert sind, so sind wir dazu, ohne zu zögern, bereit.“*¹⁹

¹⁹ Deutsch zit. nach J.W. Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin/DDR 1951, S. 428 f.

In Genf erhielten Litwinows Appelle und Initiativen zur Schaffung einer breiten „Friedensfront“ eine Abfuhr nach der anderen. Das war vor allem dem außenpolitischen Kalkül der Hauptmächte des Völkerbundes geschuldet. Allerdings schädigten innenpolitische Vorgänge - die stalinistischen „Säuberungen“ der 1930er und 1940er Jahre und ihre propagandistische Ausschlichtung im Westen die Wahrnehmung der UdSSR als potenziellen Bündnispartner. Den Terror der Volkskommissare für Innere Angelegenheiten (NKWD), Jagoda, Jeschow und Berija, Erschießungen führender Militärs, Schauprozesse mit absurden „Schuldbekennnissen“ der Angeklagten, spurloses Verschwinden, Deportation und Exekution tatsächlicher oder vermeintlicher politischer Gegner – waren für die Regierungen eine willkommene Gelegenheit, diesen Aktionen als Vorwand für eine außenpolitische Isolierung der UdSSR zu nutzen. Anmerkung: Diese Exzesse waren in der UdSSR auch noch im Gange, als Großbritannien, die USA und 24 weitere Staaten Anfang 1942 die Antihitler-Koalition bildeten. 1939 fehlte dieser politische Wille auf Seiten der Westmächte.

Ab 1. Oktober 1938 wollten Hitler und sein Generalstab, so die Planung im Mai 1938, in der Lage sein, zur „Lösung der tschechischen Frage (...) jede günstige politische Gelegenheit auszunutzen.“²⁰ Berlin setzte auf Diversion durch die pro-nazistische Sudetendeutsche Partei in der Tschechoslowakischen Republik, auf Zeitdruck, Überrumpelung und im passenden Moment zu inszenierende „Zwischenfälle“, wie z.B. die *„Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluß an eine deutschfeindliche Demonstration.“*²¹

Gleichzeitig stellte eine im Berliner Reichsaußenministerium verfasste Denkschrift fest: *„Dass nach Liquidation der tschechischen Frage Polen an der Reihe ist, wird allgemein vermutet werden. Je später diese Vermutung aber als fester Bestandteil in die internationale Politik eindringt, desto besser.“*²²

Die Sowjetunion konnte bei all dem nur zuschauen. Es war die Haltung Großbritanniens und des mit der CSR verbündeten Frankreich, die über die Fortsetzung und die Stoßrichtung einer weiteren Expansion Hitlerdeutschlands entscheiden sollte. Sie hielten die UdSSR aus der Beilegung der Krise um die Tschechoslowakei heraus. Deren Beistandspakt mit der Tschechoslowakei war auf Wunsch der Prager Regierung im Bündnisfall an das vorherige Eingreifen Frankreichs gekoppelt.²³ Und Frankreich machte keine Anstalten. Noch komplizierter war die Lage, weil die UdSSR mit der Tschechoslowakei keine gemeinsame Grenze hatte; zwischen beiden Staaten lagen Polen und Rumänien, die verkündeten, dass

²⁰ „Studie Grün“. Entwurf einer strategischen Weisung des Generalstabs. Herausgegeben am 18.06.1938, ergänzt am 07.07.1938. – www.ns-archiv.de/krieg/1938/tschechoslowakei/fall-gruen-weisung-18-06-1938.php

²¹ www.ns-archiv.de/krieg/1938/tschechoslowakei/fall-gruen-22-04-1938.php

²² ADAP, D, II, No 259, S.234 f.

²³ Beistandspakt UdSSR-Tschechoslowakei, 16. Mai 1935, Hanbuch der Verträge, S. 276; Beistandspakt UdSSR-Frankreich, 2. Mai 1935, ebd. S. 274 f.

sie einen Durchzug sowjetischer Truppen zur Unterstützung der CSR nicht zuließen. Als Mitglieder des Völkerbundes wären sie dazu verpflichtet gewesen. Doch in Genf diskutierte damals ein Ausschuss des Völkerbundes über eine „Reform“ der Satzung, die facto-Ausschaltung der Bündnisartikel 10, 15 und 16.

Mit dem Münchener Abkommen am 30. September 1938 gewährten Großbritannien, Frankreich und Italien Deutschland die Abtrennung der deutschsprachigen Grenzgebiete – des sog. Sudetenlandes - von der Tschechoslowakei. Die CSR blieb von dieser „friedlichen Konfliktregelung“ ausgeschlossen. Das NS-Regime erhielt die Möglichkeit, seine Expansionsziele durchzusetzen, ohne mit der Gegenwehr einer überlegenen Mächtekonstellation konfrontiert zu werden. Die ungarische Horthy-Diktatur nutzte die Gelegenheit, die Karpaten-Ukraine und die Südslowakei zu besetzen. Die fundamental antirussische, antikommunistische und antijüdische Führung Polens besetzte bald darauf das Teschener Gebiet („Teschener Schlesien“).

Berlin machte weiter. Am 21. Oktober 1938 gab Hitler die Weisung zur „*Erledigung der Rest-Tschechei*“ und zur „*Inbesitznahme des Memellandes*“,²⁴ das im Versailler Vertrag Litauen zugesprochen worden war.

Die Sowjetunion stand allein. „*Der Völkerbund und die kollektive Sicherheit sind tot*“, stellte der sowjetische Botschafter in London, Iwan Majskij, am 2. Oktober 1938 fest.²⁵

Die Bilanz aus „München“: Großbritannien und Frankreich, die Garantiemächte der Tschechoslowakei, waren nicht bereit, sich einem deutschen „Blitzkrieg“ aussetzen, „nur“ der Tschechoslowakei wegen. Deren staatliche Interessen wurden preisgegeben. Die UdSSR sollte hinter der polnischen Grenze warten, was passiert. Die sowjetische Führung wollte natürlich auch vermeiden, auf sich gestellt einem deutschen „Blitzkrieg“ ausgesetzt zu sein. Die Chance, Deutschland mit einer überlegenen Einheitsfront der potenziell bedrohten Staaten zu konfrontieren, war geringer geworden. Aber sie existierte noch. Was war die Option? „Frieden für alle“, oder „Rette sich, wer kann“? Unmittelbar nach „München“ gaben Großbritannien und Frankreich gegenüber Deutschland Nichtangriffs-Erklärungen ab.

In der Diskussion kam die Frage auf, was geschehen wäre, hätte es kein Münchener Abkommen gegeben. Darüber kann man nur spekulieren. Zum einen hätte eine intakte Tschechoslowakei erhalten werden können. Zum anderen hätte Deutschland, da es auf einen Krieg gegen eine überlegene Mächtekombination noch nicht ausreichend vorbereitet war, die CSR möglicherweise in Ruhe gelassen und seine aggressiven Pläne vertagt. Aber ganz sicher nicht aufgegeben.

²⁴ www.ns-archiv.de/krieg/1938/tschechoslowakei/erledigung-rest-tschechei-21-10-1939.php

²⁵ Dokumenty Vnesnej Politiki SSSR, Bd XXI, Moskva 1977, No 403, S. 557 – Deutsch I.PI.

Am 10. März 1939 rief Stalin vor dem XVIII. Parteitag der KPdSU(b) dazu auf, „*Vorsicht zu beobachten und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit zu geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen.*“²⁶ Das war eine Warnung, vor allem in Richtung Großbritannien.

Sechs Tage später besetzte die Wehrmacht die „Rest-Tschechei“. Die Wehrmacht marschierte in Prag ein. Der tschechoslowakische Präsident Hacha wurde nach Berlin zitiert, um die Liquidierung seines Landes zu unterschreiben. Das NS-Regime errichtete das „Protektorat Böhmen und Mähren“. In der abgetrennten Slowakei übernahm eine faschistische Vasallen-Regierung die Macht. Die Aufmarschbasis Hitlerdeutschlands in Richtung Osten wurde erheblich erweitert.

Das mit der CSR verbündete Frankreich unternahm nichts. Litwinow erklärte am 18. März 1939, die Sowjetregierung betrachte das Vorgehen Deutschlands als „willkürlich, gewaltsam und aggressiv“ und werde den Anschluss der CSR an das Deutsche Reich nicht anerkennen.²⁷ Aber mehr als diese Erklärung konnte die UdSSR in der gegebenen Situation nicht unternehmen.

Deutschland machte weiter mit der „Inbesitznahme“ des Memel-Gebietes am 22. März. Das signalisierte: Ein Feldzug gen Osten wäre auch über das Baltikum möglich.

Am gleichen Tag sicherten sich Großbritannien und Frankreich gegenseitigen Beistand zu.

Am 7. April besetzte und annektierte Italien Albanien.

Als „Polen an die Reihe“ kam, stand schon fest, dass die deutschen Forderungen – Rückgabe der Stadt Danzig und Bau einer exterritorialen Autobahn durch den „Korridor“, nur vorgeschoben waren. „*Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht*“, erklärte Hitler im Mai 1939, „*es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten (...) sowie die Lösung des Baltikum-Problems.*“²⁸ Am 28. April 1939 kündigte Berlin das Flottenabkommen mit Großbritannien von 1935 und den Nichtangriffsvertrag mit Polen von 1934 auf.

In dieser internationalen Lage konnte sich eine allerletzte Chance für die Errichtung einer gemeinsamen Abwehrfront gegen eine deutsche Aggression auf tun. Die britische Seite, beunruhigt durch die „Erledigung der Rest-Tschechei“, streckte Fühler in Richtung Moskau aus. Sie schlug der Sowjetregierung vor, eine Erklärung dahingehend abzugeben, „dass im Fall einer Angriffshandlung gegen einen europäischen Nachbarn der Sowjetunion, der

²⁶ Deutsch nach J.V. Stalin, Fragen des Leninismus, S. 692

²⁷ Besymenski, S. 179 f.; S. 181

²⁸ Nach: H.A. Jacobsen (Hrsg). 1939 – 1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt 1961, S. 110

Widerstand leisten würde, mit dem Beistand der UdSSR gerechnet werden könne, wenn dieser gewünscht sein sollte.“²⁹ Gleichzeitig gab London einseitige Garantie-Erklärungen für Polen, Rumänien und Griechenland ab, ohne zu klären, wie diese im Ernstfall umgesetzt werden sollten. Die Sowjetregierung lehnte derartige einseitige Erklärungen als wirkungslos ab und antwortete mit dem Konzept eines Dreier-Beistandspaktes Großbritannien-Frankreich-Sowjetunion einschließlich einer Garantie der drei Mächte für die Staaten an ihrer Westgrenze – Finnland, Estland, Lettland, Polen und Rumänien, und der gleichzeitigen Ausarbeitung einer Militärkonvention zur konkreten Bestimmung der Beistandsmaßnahmen.³⁰ Daraus entwickelten sich Pakt- und Militärverhandlungen Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR; sie endeten ergebnislos am 21. August 1939. Streitpunkte, über die keine Einigung erreicht wurde, waren vor allem eine Garantie der drei Staaten für die westlichen Nachbarn der UdSSR, also die Staaten des „Cordon Sanitaire“, die Frage, ob der Bündnisfall auch im Falle einer „indirekten Aggression“ eintreten sollte, und das gleichzeitige Inkrafttreten der politischen Verträge mit einer Militärkonvention. Unter einer „indirekten Aggression“ verstand die sowjetische Seite eine Entwicklung nach „Münchener“, bzw. dem Vorbild der „Erledigung der Rest-Tschechei“ im März 1939, oder einen gegen die Bündnisbestrebungen gerichteten Putsch in den betroffenen Staaten.

Hinter der sowjetischen Forderung nach Einbeziehung der „Randstaaten“ in das Dreier-Bündnissystem, so unterstellte vor allem Großbritannien, stehe die Absicht Moskaus, diese Staaten der UdSSR anzuschließen. London wiederum steigerte das Misstrauen der sowjetischen Seite mit dem Vorschlag, einen Dreier-Beistandspakt an die Prozeduren des Völkerbundes nach Artikel 16 der Satzung zu binden. Das hätte den Bündnisfall von einem vorherigen einstimmigen Beschluss des Völkerbundes abhängig gemacht.³¹ Da in Genf gerade über die faktische Abstimmung dieses Artikels beraten wurde, konnte eine gemeinsame Beistandsleistung damit unmöglich werden. Bis zuletzt wollte London auf solche „Schlupflöcher“ nicht verzichten; es war nicht bereit, in einem Bündnis eindeutige und gleichrangige Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion einzugehen.

Mit der Ablösung Litwinows als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten durch Regierungschef Molotow selbst, signalisierte die Sowjetführung am 3. Mai 1939, dass Moskau über einen außenpolitischen Kurswechsel nachdachte. Im Hintergrund machte Berlin Avancen im Zusammenhang mit der Verlängerung eines im Vorjahr ausgelaufenen deutsch-sowjetischen Handels- und Kreditabkommens. So lief neben den Beistandspakt-Verhandlungen hinter den Kulissen ein regelrechtes Wettrennen zwischen Großbritannien

²⁹ DBFP 3/V, No 176, S.209 f. und ebd., No 182

³⁰ СССР в бор'бе за мир накануне Второј Мировој Војны, No 239, russ.; engl. Soviet Peace Efforts on the Eve of World War II. Part 1 – 2, Moscow 1973; DBFP, Third Series, Vol. V, No 201; Documents on Soviet Foreign Policy, Vol. III, S. 329

³¹ Britischer Paktvorschlag 26. Mai 1939, DBFP, 3/V, No 624; СССР в бор'бе за мир, No 312

um einen Ausgleich mit Deutschland,³² und Deutschland um eine Verständigung mit der UdSSR. Die Sowjetführung konnte nun zweigleisig fahren, hielt sich aber den politischen Avancen der deutschen Seite gegenüber bedeckt.

Am 22. Mai 1939 schloss Deutschland mit Italien den „Stahlpakt“, ein aggressives Militärbündnis, das auch gegen die Westmächte gerichtet war.³³

Den Hauptstädten der potenziellen Verbündeten begann es zu dämmern, dass die Sowjetunion als Gegengewicht gegen eine Aggression Hitlerdeutschlands in Osteuropa nicht mehr verfügbar sein könnte. Daher verabschiedeten sie sich von ihrer bisherigen Linie einseitig abgegebener Beistands-Erklärungen und gingen auf Verhandlungen über einen dreiseitigen Beistandspakt ein. London ließ sich dabei von der Hoffnung leiten, dass ein britisch-französisches Abkommen mit der UdSSR ein deutsch-sowjetisches Einvernehmen verhindern werde. Und dass man dann sicher sein könne, dass die UdSSR, wenn der Krieg schon nicht zu verhindern sei, wenigstens in diesen Krieg verwickelt werde.³⁴

Am 25. Mai entwarfen Ribbentrop, Staatssekretär von Weizsäcker und der Leiter der Rechtsabteilung im RAM, Gaus, in Berlin das Konzept einer bilateralen Verständigung mit der Sowjetunion einschließlich der *„angemessenen Berücksichtigung der sowjetischen Interessen bei der Bereinigung der deutsch-polnischen Frage.“*³⁵

Moskau winkte am 31. Mai 1939 erneut mit dem Zaunpfahl. In einer Rede vor dem Obersten Sowjet, in der er eine Bilanz der Paktverhandlungen zog, erwähnte Molotow *„Anzeichen“* dafür, dass Gespräche über ein deutsches 200-Millionen-Mark-Kreditangebot an die UdSSR 1938, die *„wegen Meinungsverschiedenheiten“* ins Stocken geraten waren, *„wiederaufgenommen werden könnten.“*³⁶ In seiner Rede betonte Molotow aber auch die Interessengemeinschaft verschiedener Staaten mit der UdSSR angesichts einer möglichen Aggression. Als Minimalbedingungen für den Aufbau einer wirksamen gemeinsamen Verteidigungsfront nannte er Molotow 1. Den Abschluss eines ausschließlich defensiven gegenseitigen Beistandspaktes zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR; 2. eine Garantie dieser drei Mächte für die Staaten Mittel-und Osteuropas, einschließlich aller

³² Die britisch-deutschen Ausgleichsgespräche liefen u.a. über den ehemalige konservative Unterhaus-Abgeordneten Henry Drummond-Wolff, den politischen Berater des Premierministers Chamberlain Sir Horace Wilson, den britischen Secretary for Overseas Trade (Außenhandelsminister) und Mitglied des Privy Council Robert Hudson und Hermann Görings Vertrauten und Wirtschaftsberater Helmut Wohlthat.

³³ Handbuch der Verträge, Berlin 1968, S. 305

³⁴ Ebd., S. 364 - 364

³⁵ ADAP, D,VII, No 441, S. 490 ff.

³⁶ Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet, 31. Mai 1939. SSSR v bor'be za mir, No 314,russ.; Soviet Documents on Foreign Policy, Ed. Jane Degras, Bd. III, London 1953, S. 332 – 340, engl.

an die UdSSR grenzenden europäischen Staaten; 3. den Abschluss einer Militärkonvention.“³⁷

Die Position der Sowjetregierung war klar: sie wollte eine klare, eindeutige und bindende Bestimmung des Bündnisfalles und gleichrangige Verpflichtungen der Vertragspartner, ohne Hintertüren und Verzögerungsmechanismen. Die britische Seite, argwöhnte Moskau, wolle anscheinend keinen Beistandspakt, sondern nur Gespräche darüber.³⁸

Am 6. Juni 1939 schlossen Estland und Lettland Nichtangriffsverträge mit dem Deutschen Reich. Eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der UdSSR im Rahmen der geplanten Beistandsprojekte mit den Westmächten lehnten die baltischen Staaten, in denen mit Militärputschen, Aufhebung der Verfassung und Verbot der Linksparteien regiert wurde, ebenso wie Polen kategorisch ab.

Am 12. Juni 1939 schickte London den Foreign-Office-Beamten Sir William Strang zu Verhandlungen nach Moskau. Die sowjetische Führung sah es aber als ungutes Zeichen an, dass der britische Foreign Secretary Lord Halifax es ablehnte, selbst nach Moskau zu reisen.³⁹ Ein Jahr zuvor hatte Premierminister Chamberlain persönlich mit Hitler verhandelt.

Chamberlain vertraute in diesen Tagen dem britischen Luftfahrtminister Wood an: *„Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es mir gelingen wird, um die Unterzeichnung dieses unglückseligen Paktes herumzukommen.“*⁴⁰

Am 28. Juni ließ der deutsche Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, bei Molotow erstmals den Versuchsballon „Berliner Vertrag“ aufsteigen, der im Reichsaußenministerium aus der Versenkung geholt worden war. Er erinnerte Molotow daran, dass der Vertrag bisher von keiner Seite aufgekündigt worden sei.⁴¹

Am 26. Juli eröffnete der Leiter der Wirtschaftsabteilung im RAM, Schnurre, der mit der Verhandlung der 1938 ausgelaufenen deutsch-sowjetischen Handels- und Zahlungsvereinbarungen beauftragt war, dem sowjetischen Geschäftsträger in Berlin, Astachow: *„auf der ganzen Linie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und dem Fernen Osten“* gebe es *„keine außenpolitischen Gegensätzlichkeiten“*; man könne die Beziehungen

³⁷ Ebd.

³⁸ Aufzeichnung des Stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, V. Potemkin, 27. Mai 1939. – SSSR v bor'be za mir nakanune vtoroj mirovoj vojny, Moskva 1971, N

³⁹ Molotow-Instruktion an Majskij, 10. Juni 1939, SSSR v bor'be za mir, No 323, S. 443, russ.; Iwan Majskij, Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin 1975, S. 459

⁴⁰ Zit. bei Majskij, Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin 1975, S. 470

⁴¹ Unterredung von der Schulenburgs mit Molotow, 28. Juni 1939. – ADAP, D,VII, No 579, S. 673 f.

zueinander durch Anlehnung an den Berliner Vertrag oder „eine Neuordnung unter Berücksichtigung der beiderseitigen lebenswichtigen Interessen“ verbessern.“⁴²

Im Vergleich zu den verklausulierten Formulierungen der Paktentwürfe-, Gegenentwürfe und Stellungnahmen, mit denen die Westmächte die UdSSR beschäftigten, war dies sehr klar zu verstehen.

Ein politisches Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR kam nicht zustande. Auf das Angebot Molotows, dennoch Gespräche über eine Militärkonvention aufzunehmen, gingen die Westmächte schließlich ein. London zog es jedoch vor, einen Unterhändler aus der dritten Reihe zu schicken. Und zwar auf dem langsamsten Schiff, das sich auftreiben ließ. Das Foreign Office ging davon aus, dass die Reise mit einem schnelleren Transportmittel als „rather provocative“⁴³ – ziemlich provozierend – aufgefasst werden könne. Von wem wohl? Ein Jahr zuvor hatte Chamberlain das Flugzeug genommen, als er zu Hitler wollte.

Am 11. August 1939 trafen die Unterhändler Großbritanniens und Frankreichs, Admiral Drax und General Doumenc, in Moskau ein. Am 12. August begannen die Militärverhandlungen. Dabei stellte sich heraus, dass der Leiter der Briten, Admiral Drax, keine Vollmachten vorweisen konnte. Er schlug vor, die Verhandlungen nach London zu verlegen, um die Vollmachten dort präsentieren zu können. Was für allgemeine Erheiterung sorgte.

Am 13. August kamen die geheimen britisch-deutschen Ausgleichsversuche zum Stillstand. Ribbentrop eröffnete dem Leiter des Deutschen Nachrichtenbüros, Fritz Hesse, der ein neues Angebot Sir Horace Wilson's (d.h. Chamberlain's) überbrachte, dass Hitler „etwas ganz anderes“⁴⁴ vorhabe.

Am gleichen 13. August konfrontierte der sowjetische Chefunterhändler Marschall Kliment Woroschilow, Volkskommissar für Verteidigung und Mitglied des Politbüro des ZK der KPdSU(b), die britischen und französischen Unterhändler mit der „Kardinalfrage“ der Beistandsverhandlungen: *„Wie denken sich die Generalstäbe Englands und Frankreichs die Teilnahme der Streitkräfte der Sowjetunion gemeinsam mit den Streitkräften Englands und Frankreichs am Krieg gegen einen Aggressorenblock oder einen Aggressor? (...) Die Sowjetunion hat bekanntlich keine gemeinsame Grenze mit England und Frankreich.“*

⁴² ADAP, D, VI, No 729, S. 847

⁴³ Committee on Foreign Policy, Extract from Draft Conclusions of 60th meeting, August 1, 1939. – FO 371/23072/C 10826/G/3356/18

⁴⁴ Fritz Hesse, Das Spiel um Deutschland, S. 192 – Funktion, Erscheinungsort –und Jahr!

*Deshalb ist unsere Teilnahme am Krieg nur auf dem Territorium von Nachbarstaaten wie Polen und Rumänien möglich.*⁴⁵

Die beiden Delegationen hatten darauf keine Antwort. Der Vertreter Frankreichs meinte: Sollten Polen und Rumänien die UdSSR nicht um Hilfe ersuchen, bedeute dies, dass sie kapitulierten. Frankreich werde in diesem Falle „an seiner Front die Kräfte halten, die es für erforderlich hält.“⁴⁶ Für Admiral Drax war klar: „Sollten Polen und Rumänien die UdSSR nicht um Hilfe ersuchen, würden sie sehr bald zu deutschen Provinzen werden.“⁴⁷

Am 15. August erläuterte Botschafter von der Schulenburg Molotow die Vorstellungen der deutschen Regierung zu einem Nichtangriffsvertrag.⁴⁸

Am gleichen Tag unterbreitete Woroschilow ungeachtet des fehlenden Beistandspaktes, drei Varianten einer gegenseitigen militärischen Hilfeleistung, die mit dem politischen Abkommen in Kraft treten sollten. Generalstabschef Marschall Schaposchnikow hatte sie persönlich ausgearbeitet. Sie entwickelten Szenarien für einen Angriff auf Großbritannien und Frankreich, einen Angriff auf Polen und Rumänien, und für den Fall, dass für einen Angriff auf die UdSSR das Territorium Finnlands, Estlands und Lettlands genutzt werde. In allen drei Fällen erwartete die militärische Führung der UdSSR die Übernahme eindeutiger und gleichrangiger Verpflichtungen durch alle drei Verhandlungspartner. In allen drei Varianten, so Woroschilow, bringe die sowjetische Seite *„100 Prozent der Streitkräfte auf, die England und Frankreich unmittelbar gegen Deutschland aufstellen.“*⁴⁹

Es zeigte sich, dass Großbritannien zwar über beträchtliche Seestreitkräfte verfügte, aber zu einen Landkrieg auf dem europäischen Festland so gut wie nichts beisteuern konnte.⁵⁰

Frankreich war nach Darstellung General Doumencs an der Westfront besser aufgestellt.

Die Sowjetunion, so trug Generalstabschef Schaposchnikow persönlich vor, sei bereit und in der Lage, gegen eine Aggression an ihrer Westgrenze 120 Infanteriedivisionen, sechzehn Kavalleriedivisionen, 5000 schwere Geschütze, 9000 bis 10 000 Panzer und 5000 bis 5 500 Jagdflugzeuge und Bomber einsetzen.⁵¹ In der Forschung wird die Glaubwürdigkeit dieses Entwurfes in Frage gestellt: Durch die Erschießung führender Militärs und vieler Tausend

⁴⁵ Deutsch nach Besymenskij, Sonderakte Barbarossa, S. 68; russ. SSSR v bor'be za mir, No 415; engl. Soviet Peace Efforts, No 415.

⁴⁶ Besymenski, ebd., S. 73

⁴⁷ Ebd., S. 76

⁴⁸ Bezymenski, S. 216

⁴⁹ SSSR v bor'be za mir, No 417, russ. – Deutsch nach: Lew A. Bezymenskij, Sonderakte Barbarossa. Dokumente, Darstellung, Deutung. Stuttgart 1968, S. 86 - 89

⁵⁰ Nach ebd., S. 64; S. 100

⁵¹ Nach Ebd., S. 85

weiterer Militärangehöriger während der „Säuberungen“ in den Jahren zuvor seien die Sowjetstreitkräfte erheblich geschwächt worden. Man hätte die Wahrheit nur erfahren können, indem man die Sowjetregierung bei Wort nahm.

Die britischen und französischen Unterhändler waren beeindruckt von der Offenheit der sowjetischen Verhandlungspartner. Doch verbindliche Abmachungen wurden nicht getroffen, und der Dreier-Beistandspakt wurde nicht geschlossen.

Am Abend des 17. August, als die Antwort auf die „Kardinalfrage“ ausblieb, vertagte Woroschilow die Verhandlungen auf den 21. August.

Gegenüber den deutschen Avancen legte sich die Sowjetführung noch immer nicht fest. Erst am Abend des 17. August, nach der Vertagung der Militärverhandlungen, antwortete Molotow auf die Angebote Ribbentrops. Die Sowjetregierung betrachte als ersten Schritt zu einer entscheidenden Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen den Abschluss eines Handels- und Kreditabkommens. Der zweite Schritt könne dann *„der Abschluss eines Nichtangriffspaktes oder die Bestätigung des Neutralitäts-Paktes von 1926“* sein *„bei gleichzeitiger Vereinbarung eines speziellen Protokolls, das die Interessen der vertragschließenden Teile an diesen oder jenen Fragen der auswärtigen Politik regelt und das einen integralen Bestandteil des Paktes bildet.“*⁵²

Am 18. August 1939 beauftragte Ribbentrop den deutschen Botschafter in Moskau, die sowjetische Seite auf das *„Bestreben Hitlers“* hinzuweisen, *„sich bei den Bemühungen um Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses nicht vom Ausbruch eines deutsch-polnischen Konfliktes überraschen zu lassen.“*⁵³

Das Handels- und Kreditabkommen sah einen deutschen Wechselkredit an die UdSSR von 200 Millionen Reichsmark, die Lieferung von Rohstoffen im Wert von zunächst 180 Millionen RM durch die UdSSR an Deutschland und die Lieferung von Werkzeugmaschinen und anderer hochwertiger Technik an die Sowjetunion vor. Molotow teilte Botschafter von der Schulenburg am Nachmittag des 19. August 1939 mit, Moskau sei bereit, Ribbentrop eine Woche nach Veröffentlichungen der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens in Moskau zu empfangen. Das Abkommen wurde am 19. August in Berlin (20. August Moskauer Zeit) unterzeichnet.

Nun hätte, entsprechend der Zusage Molotows, Ribbentrop am 26. oder 27. August in Moskau eintreffen können. Das passte jedoch nicht in den Zeitplan der NS-Führung für den Überfall auf Polen. Daher ersuchte Hitler Stalin am 20. August 1939 (21. August Moskauer Zeit) - in einer nur mündlich vorzutragenden persönlichen Botschaft den

⁵² ADAP, D, VII, No 125, S. 111 f.

⁵³ RAM an von der Schulenburg, 18. August 1939. ADAP, D, VII, No 113, S. 101 f.

Reichsaußenminister spätestens am 23. August zu empfangen: „Das polnische Verhalten einer Großmacht gegenüber ist so,“ hieß es in der Botschaft, „daß jeden Tag eine Krise ausbrechen kann. Deutschland ist jedenfalls entschlossen, diesen Zumutungen gegenüber von jetzt an die Interessen des Reichs mit allen Mitteln wahrzunehmen.“⁵⁴

Wenn es der sowjetischen Seite bis dahin unklar gewesen sein sollte, was auf Polen zukam – man darf es bezweifeln – so war jetzt eindeutig, dass der deutsche Angriff auf Polen unmittelbar bevorstand. Die polnische Führung ließ sich dadurch nicht beirren. Eine Demarche der Militärattachés Großbritanniens und Frankreichs beim Chef des polnischen Generalstabes, Stachiewicz, endete mit einer Abfuhr. Der polnische General erklärte rundheraus, Polen werde sich an keiner Kombination beteiligen, in der die UdSSR involviert sei. Der Beschluss der polnischen Regierung stehe fest.⁵⁵ Der polnische Staats- und Regierungschef Marschall Rydz-Smigly machte klar: „Die Deutschen würden uns vielleicht die Freiheit nehmen, aber die Russen würden uns die Seele aus dem Leib reißen.“⁵⁶

Am Nachmittag des 21. August unterbreitete Molotow den britischen und französischen Militäruntersachern noch einmal die sowjetischen Positionen zu einem Dreierpakt mit Militärkonvention. Da aber die „Kardinalfrage“ unbeantwortet blieb, zog er nun unter diese Verhandlungen einen Schlußstrich, ohne sie in aller Form zu beenden.

Die Militärdelegationen gingen am 21. August um 17.25 Uhr Moskauer Zeit auseinander. Währenddessen übergab Molotow dem deutschen Botschafter in Moskau Stalins Antwort an Hitler: Er sei bereit, den deutschen Reichsaußenminister am 23. August in Moskau zum Abschluss eines Nichtangriffsvertrages zu empfangen.⁵⁷

Der französische Delegierte General Doumenc versuchte noch am 22. August verzweifelt, zu retten, was nicht mehr zu retten war. Er erklärte Woroschilow, die französische Regierung stimme anstelle Warschaus einem Durchzug sowjetischer Truppen durch Polen zu, wenn es zu einem Angriff komme.⁵⁸ Die Aktion war nicht mit London abgesprochen.⁵⁹ Darauf ließ sich Woroschilow nicht ein.

Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag mit seinem geheimen Zusatzprotokoll in Moskau unterzeichnet.

⁵⁴ Persönlicher Appell Hitlers an Stalin, 20. August 1939, ADAP, D, VII, No 142, S. 131 f.

⁵⁵ E.R. Sword an den britischen Botschafter I Warschau, Kennard, 21. August 1939. – FO 371/23073/C 12030/3356/18

⁵⁶ Rydz-Smigly an die Botschafter Großbritanniens und Frankreichs, 19. August 1939. - DBFP, 3/VII, No 90, S. 87

⁵⁷ Antwort Stalins an Hitler, 21. August 1939, - ADAP,D, VII, No 159, S.140 f.

⁵⁸ Doumenc-Woroschilow, 22. August 1939. SSSR v bor'be za mir, No 440.

⁵⁹ Notiz F.K. Roberts für Alexander Cadogan, 23. August 1939. – FO 371/23073/C 1181/3356/18

Am 25. August schlossen Großbritannien und Frankreich in aller Eile einen Beistandspakt mit Polen.

Erst am 31. August 1939 erging die endgültige militärische Weisung des „Obersten Befehlshabers der Wehrmacht Adolf Hitler“ für den Angriff auf Polen („Fall Weiß“). Sie bestimmte als Tag des Angriffes den 1. September, als Uhrzeit 4.45 Uhr. „Im Westen“ so hieß es, kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeiten eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich zu begegnen.“⁶⁰ Die deutsche Führung rechnete nicht wirklich damit, dass die Verbündeten Polens militärisch eingreifen würden.

Was konnte die UdSSR in dieser Situation tun, um einen deutschen Angriff auf Polen zu verhindern? Die Gegnerschaft Polens ließ für sie nichts anderes zu, als abzuwarten und zuzuschauen. Sich zurückhalten und nur zu reden, wenn sie gefragt wurde, war keine Option. Es ging um staatliche und Sicherheitsinteressen. Die Sowjetunion wollte keinen Krieg. Ihre Führung war in dieser Situation kaltblütig genug, die sich ihr bietenden Chancen wahrzunehmen. Die im Geheimprotokoll vereinbarte Grenzlinie lief auch an Brest-Litowsk vorbei. Deutschland wollte einen Zwei-Fronten-Krieg vermeiden. Um den Rücken frei zu bekommen, war die NS-Führung im Sommer 1939 zumindest vorübergehend zu großen Zugeständnissen an die UdSSR bereit. Die UdSSR sah und erhielt in dieser Situation die Chance, einen Angriff der Wehrmacht vorläufig abzuwenden und die Gebiete an ihrer Westgrenze, die zum Aufmarschgebiet bei einem deutschen Angriff werden konnten, einer Besetzung durch die Wehrmacht zu entziehen.

Der Angriff auf Polen

Am 1. September 1939 überfiel die vielfach überlegene deutsche Wehrmacht Polen, ohne Kriegserklärung und mit äußerster Brutalität. Hitlers Erklärung im Reichstag, es werde „seit 5 Uhr 45 (...) jetzt zurückgeschossen“ , - eine ganze Stunde später als in der Angriffsweisung vorgesehen - behauptete eine legitime Selbstverteidigung. Das war eine Lüge. Vorsichtshalber inszenierte das NS-Regime einen „polnischen Überfall“ auf den Sender Gleiwitz mit KZ-Häftlingen in polnischer Uniform, die dann als „tote Polen“ aufgefunden wurden.

Noch am 1. September 1939 verabschiedete der Reichstag in Berlin einstimmig das Gesetz über die „Wiedervereinigung“ der Freien Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich.

Zum Weltkrieg wurde der deutsche Angriff auf Polen, als am 3. September Großbritannien mit dem Britischen Empire, zusammen mit der Kolonialmacht Frankreich, Hitlerdeutschland den Krieg erklärte. Die beiden Verbündeten Polens unterließen jedoch eine energische Offensive gegen die Westgrenze des Deutschen Reiches. Die deutsche Wehrmacht konnte

⁶⁰ www.documentarchiv.de/ns/1939/weisung_nr01_weiss

Polen innerhalb von sechs Tagen niederwalzen. Am 17. September 1939 flüchtete die polnische Regierung nach Rumänien, mit dem Polen verbündet war. In Rumänien regierte damals der faschistische Diktator Antonescu.

Ebenfalls am 17. September 1939 rückten Streitkräfte der Sowjetunion in die von ukrainischer und belorussischer Bevölkerung bewohnten Gebiete des sog. „Ostpolen“ vor, das im Vertrag von Riga 1921 polnisch geworden war. Nach sowjetischer Darstellung diente diese Aktion dem Schutz der Menschen in den westlichen Teilen der Ukraine und Belorusslands vor dem faschistischen Aggressor. Für die Gegner und Kritiker der Sowjetunion war es eine „Besetzung“ und eine „Annexion“. Während Reste der polnischen Streitkräfte die Sowjetarmee bekämpften, unternahmen ukrainische Nationalisten der OUN im sog. „Septemberaufstand“ bewaffnete Aktionen gegen Polen.

Die Stadt Warschau kapitulierte am 27. September 1939. Wenige Tage später bildete sich im französischen Angers eine polnische Exilregierung.

War die Besetzung des ehemaligen „Ostpolen“ durch Einheiten der Sowjetarmee ein „Überfall“ oder ein Akt der Aggression gegen Polen? Die Frage müssen Juristen entscheiden. Die Sowjetarmee rückte jedenfalls vor, als es einen intakten, funktionsfähigen polnischen Staat nicht mehr gab. Einen gemeinsamen Kampf polnischer und sowjetischer Streitkräfte gegen einen Angriff Hitlerdeutschlands hatte die Warschauer Führung immer wieder ausgeschlossen; die britisch-französisch-sowjetischen Beistandspakt-Verhandlungen waren daran gescheitert. Daher hatte die sowjetische Seite allen Grund, sich am Schicksal dieses polnischen Staates zu desinteressieren. Ihre Verpflichtungen als Mitglied des Völkerbundes waren obsolet geworden; niemand hielt sich noch an diese Prinzipien.

5. Der Deutsch-Sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag

Am 28. September 1939 schloss die Sowjetunion mit Deutschland einen Grenz- und Freundschaftsvertrag, in dem es die beiden Mächte „ausschließlich als ihre Aufgabe“ bezeichneten, *„nach dem Auseinanderfallen des bisherigen Polnischen Staates (...) in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes Dasein zu sichern.“*⁶¹

⁶¹ Wortlaut nach Claudia Weber, *Der Pakt*, S. 225 – 227; S. 225; desgleichen Kurt Pätzold/Günter Rosenfeld (Hrsg.) *Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 – 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen*. Berlin 1990, S. 260 – 262; S. 260.

Der Vertrag legte die Demarkationslinie im wesentlichen so fest, wie sie im Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August gezogen worden war.⁶² Sie entsprach der „Curzon-Linie“, die die Pariser Friedenskonferenz Westgrenzen des unabhängigen Polen festgelegt hatte. Als Abweichung davon bestimmte ein Geheimes Zusatzprotokoll, dass *„das Gebiet des litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt“*, während *„die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau in die Interessensphäre Deutschlands fallen.“*⁶³ Bis in diese Gebiete war die Sowjetarmee beim Einmarsch am 17. September vorgedrungen.

In einem vertraulichen Protokoll vereinbarten die beiden Mächte einen Bevölkerungsaustausch. Die Regierung der UdSSR erklärte, dass sie Menschen deutscher Abstammung die Übersiedlung nach Deutschland oder *„in die deutschen Interessengebiete“* ermöglichen werde, *„sofern sie den Wunsch haben“*, und die deutsche Seite verpflichtete sich gegenüber der UdSSR entsprechend in Bezug auf die *„in ihren Interessengebieten ansässigen Personen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung.“*⁶⁴ Mit Estland und Lettland vereinbarte Hitlerdeutschland eine Umsiedlung der deutschen Volksgruppen ins Deutsche Reich in separaten Protokollen am 15. und 30. Oktober 1939.⁶⁵

Des weiteren vereinbarten die Vertragspartner, dass *„beide Teile (...) auf ihren Gebieten keine politische Agitation dulden, die auf Ansätze zu einer solchen Agitation unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten.“*⁶⁶

Feindliche nationale Agitation sollte damit als Interventionsgrund für die jeweils andere Seite ausgeschlossen werden.

In einer gemeinsamen Erklärung gaben die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR schließlich nach der endgültigen Regelung der *„sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen“* *übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, daß es dem wahren Interesse aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtigen zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen.“* Sollten *„die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die*

⁶² In einem Zusatzprotokoll wurde die Grenze über mehrere Seiten hinweg Ort für Ort, Fluss für Fluss, in jeder Einzelheit beschrieben. Es findet sich in der 1939/40 veröffentlichten Pakt-Version der Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZAOERV), S. 913 - 916 S. 917.- www.zaoerv.de; es müsste sich dabei um das in Artikel II erwähnte ergänzende Protokoll handeln. In den bei Weber und Pätzold/Rosenfeld abgedruckten Versionen des Paktes fehlt dieses Protokoll.

⁶³ Weber, S. 226; Pätzold/Rosenfeld, S. 261

⁶⁴ Weber, S. 227; Pätzold/Rosenfeld, S. 261

⁶⁵ Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, S. 926 f.; S. 932 f.. - www.zaoerv.de

⁶⁶ Weber, S. 227; Pätzold/Rosenfeld, S. 262

*Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden.“*⁶⁷

Im Rahmen des Vertrages tauschten die Außenminister der Sowjetunion und des Deutschen Reiches Schreiben mit der Absichtserklärung aus, *„mit allen Mitteln die Wirtschaftsbeziehungen und den Warenumsatz“* zwischen den beiden Staaten *„zu entwickeln“*. Ein *„Wirtschaftsprogramm“* sollte aufgestellt werden, *„nach welchem die Sowjet-Union Deutschland Rohstoffe liefern wird, die Deutschland seinerseits durch industrielle, auf längere Zeit zu erstreckende Lieferungen kompensieren wird.“* Dabei sollten *„beide Teile dieses Wirtschaftsprogramm so gestalten, daß der deutsch-sowjetische Warenaustausch seinem Volumen nach das in der Vergangenheit erzielte Höchstmaß wieder erreicht.“*⁶⁸

1932 hatte hatten Lieferungen von Industrieausrüstungen aus Deutschland 46 Prozent der Importe in die UdSSR ausgemacht. 1938 lag dieser Anteil nur noch bei 4,7 Prozent. Im Außenhandel der UdSSR waren die USA mit 26 Prozent und Großbritannien mit 16 Prozent an Deutschlands Stelle gerückt.⁶⁹ „Kriegsentscheidend“, wie das herrschende Geschichtsnarrativ behauptet, können diese Rohstofflieferungen nicht gewesen sein; bestenfalls der Anfang einer „Normalisierung.“⁷⁰ Rund fünfzig Prozent seiner Rohstoffe bezog das Deutsche Reich aus Großbritannien und von diesem kontrollierten Ländern.⁷¹ Ganz zu schweigen von den Kapitalinvestitionen der US in zahlreiche Großunternehmen Deutschlands.

Was danach kam

Beim Abschluss des Grenz- und Freundschaftsvertrages war der Zweite Weltkrieg schon im Gange. Ohne die Sowjetunion.

Nun folgte die vereinbarte *„erforderliche staatliche Neuregelung“* westlich und östlich der neu gezogenen Demarkationslinie. Nach westlicher Lesart: Rigorose „Sowjetisierung“ der von der UdSSR besetzten Gebiete, gemeinsame ethnische und politische Säuberungen; NKWD und SS arbeiteten beim Bevölkerungsaustausch Hand in Hand. Ein Kriegsverbrechen: die

⁶⁷ Pätzold/Rosenfeld, S. 262 f.; bei Weber nicht abgedruckt.

⁶⁸ Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, S. 917.- www.zaoerv.de;

⁶⁹ Bezymenski, Stalin und Hitler, S. 187 f.

⁷⁰ Andreas Hillgruber in Osteuropa-Handbuch.Außenpolitik.I....

⁷¹ Nach P. Sewostjanow, Sowjetdiplomatie gegen faschistische Bedrohung 1939 – 1941. Berlin/DDR 1984, S. 17

Erschießung von 20 000 polnischen Kriegsgefangenen im Wald von Katyn, bei Mednoje und Charkow. Deutsche Besatzungstruppen entdeckten ihre Massengräber erst 1943, und die NS-Führung schlachtete das propagandistisch nach allen Regeln der Kunst aus. Die Sowjetunion und die Russische Föderation haben das Verbrechen von Katyn – obwohl die Dokumente, die es beweisen vorhanden sind,⁷² - jahrzehntelang geleugnet und ihre Schuld erst unter Gorbatschow und später Putin öffentlich eingestanden.

In den besetzten Gebieten der Westukraine und Westbeloruslands organisierte die Sowjetregierung im Oktober 1939 Volksabstimmungen – nach westlicher Darstellung selbstverständlich „manipulierte“, die sich mit großer Mehrheit für die Eingliederung in die Ukrainische bzw. Belorussische SSR aussprachen. Diese, und die damit verbundene Aufnahme in die UdSSR, fand am 1. und 2. November 1939 durch entsprechende Dekrete des Obersten Sowjet statt. Aus westlicher Sicht ist es unvorstellbar, dass sich Menschen freiwillig für die Eingliederung ihres Landes in die UdSSR entscheiden konnten; aber gänzlich auszuschließen ist es auch nicht. Das gilt auch für die anschließende Eingliederung Estlands, Lettlands und Litauens. Diese Geschichte kennen wir nur aus den Darstellungen derer, die damals entmachtet und zum Teil deportiert wurden. Die Regierungen dieser Staaten vertraten aber in keiner Weise die Interessen ihrer Bevölkerung, sondern suchten die Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland. Heute, im Jahre 1926, ehren die Regierungen Estlands und Lettlands ihre SS-Freiwilligen mit Denkmälern und Gedenkprozessionen.

Bei der Eingliederung der baltischen Republiken zeichnet sich vom Oktober 1939 bis August 1940 ein Schema ab, das auf einheitliche Planung und eine Regie schließen lässt.

1. Schritt: Abschluss von Beistandspakten, die der UdSSR das Recht einräumen, Grundstücke zu pachten und dort Militärstützpunkte einzurichten. Der Beistandspakt mit Litauen bestimmte auch die Rückgabe von Vilnius (des Wilnaer Gebietes) an Litauen.
2. Fast gleich lautende Noten der Sowjetregierung an die Regierungen Litauens, Lettlands und Estlands mit der Aufforderung, die Beistandspakte nicht weiter zu sabotieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in allen drei Republiken pro-faschistische Regierungen an der Macht waren, die die Verfassung außer Kraft gesetzt und die Linksparteien verboten hatten. Sie zogen eine Kooperation mit Hitlerdeutschland vor.
3. Neuwahlen und Bildung von „Volksregierungen.“
4. Ausrufung der Sowjetmacht durch die Parlamente, Gründung Sozialistischer Sowjetrepubliken und Antrag auf Aufnahme in die UdSSR.
5. Aufnahme der Litauischen, Lettischen und Estnischen SSR in die Sowjetunion.

⁷² Ebd., „Paket 1“, S. 14

Gegen Finnland musste die Sowjetregierung ihre Forderungen militärisch durchsetzen. Die Regierung in Helsinki lehnte das Angebot eines Beistandspaktes ebenso ab wie einen Gebietsaustausch zur Absicherung Leningrads (heute St. Petersburg), das nur 32 Kilometer von der finnischen Grenze in Reichweite finnischer Geschütze lag.⁷³ Im Grunde waren das keine unannehmbaren Forderungen, für die ein halbwegs neutraler Nachbar der UdSSR Verständnis hätte aufbringen können. Die mit Hitlerdeutschland kooperierende finnische Regierung jedoch nutzte die Verhandlungen, um insgeheim mobilzumachen. Am 13. November 1939 brach sie die Verhandlungen ab. Nach einem schweren Grenzzwischenfall kündigte die Sowjetregierung den Nichtangriffsvertrag mit Finnland auf, am 29. November brach sie die diplomatischen Beziehungen ab, und am 30. November 1939 überschritten sowjetische Streitkräfte des Leningrader Militärbezirkes die Grenze zu Finnland. Am gleichen Tage trat die Regierung Cjander zurück. Eine „finnische Nationalregierung“ unter dem Kommunisten Otto Kuusinen, der im Moskauer Exil lebte, stellte sich am 1. Dezember 1939 in einem Manifest als breites Volksbündnis mit radikal-demokratischem Programm dar. Einen Anschluss Finnlands an die Sowjetunion schloss das Programm unter Berufung auf unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen aus.⁷⁴ Am gleichen Tag bildete sich in Helsinki eine neue bürgerliche Regierung mit Risto Ryti an der Spitze. Erst im Februar 1940 gelang es den sowjetischen Streitkräften, die Gegenwehr Finnlands zu überwinden und die finnischen Befestigungen (Mannerheim-Linie) zu durchbrechen. Am 13. März 1940 wurde der „Winterkrieg“ durch den Vertrag von Moskau mit der bürgerlichen Regierung Ryti beendet. Er erfüllte im wesentlichen die Forderungen der sowjetischen Seite in den Verhandlungen Ende 1939.⁷⁵

Der Völkerbund erwachte nach dem Angriff der UdSSR auf Finnland aus dem ihm verordneten Tiefschlaf und brauchte trotz aufwändiger Prozeduren nur fünf Tage, um die Sowjetunion aus der Organisation auszuschließen. Als erstes und einziges Mitglied seit Bestehen der Organisation.

Auf deutscher Seite bestand die „*erforderliche staatliche Neuordnung*“ gemäß Freundschaftsvertrag zunächst in der Eingliederung von etwa 50 Prozent der besetzten polnischen Gebiete als „Reichsgaue“ Wartheland und Danzig-Westpreußen ins Deutsche Reich.⁷⁶ Der restliche Teil abzüglich des ehemaligen „Ostpolen“ wurde als „besetztes

⁷³ Im Einzelnen J. Nevakivi, A.F. Upton, V. Tanner, P.P. Sevostjanov, G.R. Überschär und die Völkerbunds-Dokumentation A.33.1939.VII in Archiv des Völkerbundes, Genf, R 3697/1/39392/39392.

⁷⁴ Nach Überschär, Hitler und Finnland, S.126 f.; Upton, Finland, S. 23

⁷⁵ Zusammenfassung des Vertragsinhaltes in Berichten des britischen Botschafters in Moskau, Seeds, an das Foreign Office am 2. und 3. Dezember 1939. FO 371/23694/N 6875 und N 6884/991/38; ferner Tanner, The Winter War, S.101 - 103

⁷⁶ „Führer“-Erlass „über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“, 8. Oktober 1939. ZAOERV, 1939/40, S. 919 – 921. – www.zaoerv.de

Gebiet“ zum „Generalgouvernement Polen“.⁷⁷ Danach standen die wirtschaftliche Ausplünderung der Ressourcen Polens, die Besiedlung durch deutsche „Herrenmenschen“, bestenfalls die „Germanisierung“ gewisser Teile der Bevölkerung, und die physische „Beseitigung“ der slawischen Bevölkerung an.

Ein halbes Jahr später ging Hitlerdeutschland zu weiteren Eroberungszügen über. Nun Richtung Westen. Vom 6. April bis 22. Juni 1940 folgten ein „Blitzkrieg“ und ein „Blitzsieg“ auf den anderen: Jugoslawien, Griechenland mit Kreta, Dänemark und Norwegen, Luxemburg, die Niederlande, Belgien und Frankreich. Das britische Expeditionskorps wurde in Dünkirchen von der deutschen Wehrmacht ins Meer getrieben. Am 22. Juni 1940 kapitulierte Frankreich in Compiègne. Ein deutsches Besatzungsregime wurde installiert; in Vichy richtete sich eine französische Kollaborationsregierung unter Marschall Pétain ein.

Die Sowjetregierung besetzte nach einem Ultimatum an Rumänien am 28. Juni 1940 kampflos Bessarabien und die Nordbukowina. Aus dem Zusammenschluss der Gebiete mit der in der Ukrainischen SSR existierenden autonomen Moldauischen Sowjetrepublik entstand die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik, das heutige Moldawien.

Die Einsicht schmerzt, dass die Sowjetunion als erklärtermaßen antifaschistische Macht bereit war, mit einem faschistischen Deutschland zu einem „Interessenausgleich“ zu gelangen. Die Interessen der UdSSR verlangten, sich aus einem neuen Krieg herauszuhalten und ihre Grenzen gegen mögliche Angriffe abzusichern. Dazu gehörte, die Gebiete an ihrer Westgrenze nicht zu einem Aufmarschgebiet für die deutsche Wehrmacht werden zu lassen. Das NS-Regime wiederum war in der Lage, Realpolitik zu betreiben und, um kurzfristige Kriegsziele zu erreichen, die Vernichtung des Erbfeindes zu vertagen. Ein ureigenes Interesse an einem neuen Weltkrieg hatte die UdSSR nicht. Es ist auch nirgends belegt, dass sie einen solchen Krieg anstrebte. Sie wollte in Ruhe gelassen werden.

Die weitere Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die Sondierungen Molotows in Berlin vom 12. bis 14. November 1940 im Zusammenhang mit einem weiteren „Interessenausgleich“ sind eine andere Geschichte. Wie immer dieser aussah – er endete am 22. Juni 1941.

Nach der deutsch-sowjetischen Verständigung im August und September 1939 vergingen keine zwei Jahre bis zum Beginn des deutschen Vernichtungsfeldzuges gegen die slawischen Völker, gegen Polen, Serben, Ukrainer, Belorussen und Russen. Mit der Blockade Leningrads und einer gezielten Massentötung und Aushungerung der sowjetischen Zivilbevölkerung in der Belorussischen und Ukrainischen Sowjetrepublik. Mit der praktischen Organisation der Vernichtung der europäischen Juden auf der Wannsee-Konferenz in Berlin

⁷⁷ „Führer“-Erlass „über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete“, 12. Oktober 1939. – ZAOERV,1939/40, S. 921 f. – www.zaoerv.de

und der anschließenden Deportation der jüdischen Bevölkerung Deutschlands, Frankreichs, der Niederlande, Ungarns und einer Vielzahl anderer Staaten in die auf besetztem polnischem Gebiet errichteten Vernichtungslager. Mit der Ermordung drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener durch gezieltes Aushungern oder durch Erschießung in Konzentrationslagern. Mit der Deportation von bis zu zehn Millionen Zivilpersonen zur Zwangsarbeit nach Deutschland und ihre rücksichtslose Ausbeutung in dessen Rüstungsindustrie. Mit der Beteiligung einer halben Million fanatisch antibolschewistischer und antijüdischer Freiwilliger aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Estland, Lettland, Litauen und der Ukraine am Feldzug gegen die sowjetische Zivilbevölkerung. Mit der Kollaboration zahlreicher europäischer Regierungen mit Hitlerdeutschland und der Beteiligung von Streitkräften Italiens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und Spaniens an diesem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und an den Massakern gegen die Zivilbevölkerung, Juden ebenso wie Nicht-Juden, in den besetzten Gebieten.

Zu dem in der EU-Resolution vom 19. September 1919 festgestellten „im 20. Jahrhundert (...) in der Geschichte der Menschheit nie dagewesenen Verlust an Menschenleben“ gehörten 27 Millionen Bürger und Bürgerinnen der Sowjetunion, mehr als die Hälfte von ihnen Zivilpersonen und etwa zwei Millionen Menschen jüdischen Glaubens.

Das dürfen wir nicht vergessen.